



EU-Ratsvorsitz an Athen

Das krisengebeutelte Griechenland ist sechs Monate an der Spitze der EU. Seite 2

Foto: dpa/Hannibal Hanschke

Am Ende der Geduld

Tunesiens Jugend sieht sich auch heute um ihre Zukunft betrogen. Seite 3

Niemand liebt ihn

Kapitalismus steht in der Kritik – nicht nur von links. Seite 9

Foto: ostkreuz/Dawin Mecke

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 2. Januar 2014

69. Jahrgang/Nr. 1

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Schwieriger Dialog

Martin Ling über die anstehenden Verhandlungen zu Südsudan

Immerhin: Die beiden Streithähne Salva Kiir und Riek Machar haben ihre Bereitschaft bekundet, sich im äthiopischen Addis Abeba gemeinsam an den Verhandlungstisch zu setzen. Das ist mehr als nichts, aber noch nicht viel. Denn dass die Kämpfe in Südsudan ungeachtet dieser Bekundungen auch am Neujahrstag anhielten, ist ein klares Indiz dafür, dass beide Parteien noch Fakten schaffen wollen, bevor über ein Abkommen sinniert wird.

Für die ab Donnerstag angesetzten Gespräche ist freilich nicht gänzlich Pessimismus angesagt: Die Geschichte der Dinka und Nuer, für die Kiir und Machar stellvertretend stehen, ist nicht nur eine Geschichte kriegerischer Auseinandersetzungen, sondern auch eine wiederkehrender Aussöhnungen. Der Druck, sich auf einen neuen Formelkompromiss zu einigen, wie er 2011 in eine gemeinsame Regierung mündete, ist groß. Nicht zuletzt, weil objektiv klar ist, dass keine Seite militärisch über die andere obzugen kann.

Viel spricht dafür, dass in Addis Abeba ein Formelkompromiss erreicht wird. Das Problem ist nur, dass Formelkompromisse nicht genügen, um künftige gewalttätige Auseinandersetzungen wenigstens unwahrscheinlicher zu machen. Dafür bedürfte es einer Demobilisierung der entlang ethnischer Linien zusammengesetzten Milizen und des Aufbaus eines integrierten Sicherheitsapparates. So war der Plan im Friedensabkommen 2005. Bleibt er weiter auf dem Papier, ist ein Rückfall immer nur eine Frage der Zeit.

UNTEN LINKS

Auch im zurückliegenden Jahr wurde ein Grundproblem der Politik nicht gelöst: Die Frage, wie man sichert, dass so genannte **Haltelinien** nicht überschritten werden (dass also, einfach gesagt, Beschlüsse eingehalten werden), ist nach wie vor nicht praktikabel beantwortet. Jetzt kam, wohl nicht zufällig am Vorabend des WM-Jahres, Hilfe aus der Welt des Fußballs. Dort wird ein Spray ausprobiert, das auf den Rasen gesprüht wird, um exakt die Linie zu markieren, die die Verteidiger beim Freistoß des Gegners nicht übertreten dürfen. Eine beispielhafte Initiative! Endlich ist Schluss mit Auslegungsdiskussionen über Sinn und Gültigkeit von Regeln. Wir fordern aufgesprühte Haltelinien auch in der Politik. Am besten auf dem Boden der Tatsachen. Ersatzweise auf dem Boden des Parteiprogramms. Einen Nachteil hat das Fußball-Spray allerdings: Es verflüchtigt sich nach einer Minute. Da muss, wie Politiker sagen würden, noch nachgebessert werden. *wh*

Einzelpreis Tschechien 67/77 CZK
ISSN 0323-4940



Schließwerkzeuge aus dem Jugendwerkhof Torgau

Foto: dpa/Peter Endig

Kein Ende der Beschämung

Sachsen hat zwar ein Gesetz, doch bleibt Geld für Gedenkstätten aus

Der jahrelange Streit um die Gedenkstätten für Opfer des Nazi-Regimes und all jener, die unter DDR-Repression gelitten haben, sei offiziell vorbei, hieß es im Oktober 2012 im Freistaat Sachsen. Damals hatte der Landtag mit großer Mehrheit für die gemeinsam von CDU, FDP, SPD und Grünen vorgelegte Novelle zum Stiftungsgesetz gestimmt. Der Neufassung des Gesetzes war ein jahrelanger Streit zwischen dem Freistaat und verschiedenen Opferverbänden vorausgegangen. Dem Land war vorgeworfen worden, nicht ausreichend zwischen den historisch einmaligen Verbrechen der Nazis und den kommunistischen Verbrechen zu unterscheiden. Der Zentralrat der Juden und weitere vier Opferverbände traten aus der Stiftung Sächsische Gedenkstätten aus.

Bisher hat die Stiftung fünf Gedenkstätten in eigener Trägerschaft. Das neue Gesetz verspricht sechs weiteren Einrichtungen Förderung. Dazu gehören die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig, die Frauenhaftanstalt Hoheneck und die Euthanasie-Gedenkstätte Großschweidnitz. Doch das Versprechen der Förderung wird nicht eingelöst. Auch in diesem Jahr dürften vermutlich nur die Gedenkstätte für Zwangsarbeit in Leipzig und die des Geschlossenen Jugendwerkhofs Torgau Hilfe erhalten.

Seite 6

Friedensgespräche über Südsudan in Äthiopien

Delegierte der Streitparteien auf dem Weg nach Addis Abeba

Juba. Die UN-Beauftragte für Südsudan, Hilde Johnson, hat die anstehenden Friedensgespräche zwischen den Konfliktparteien des Landes begrüßt. Schon die Entsendung der jeweiligen Delegationen in die äthiopische Hauptstadt Addis Abeba sei »positiv«, erklärte sie am Mittwoch in der südsudanesischen Hauptstadt Juba. Notwendig sei jedoch ein tiefer gehender Prozess der »nationalen Versöhnung«.

Auch die US-Regierung, Schirmherrin der südsudanesischen Unabhängigkeit, bezeichnete die Gesprächsinitiative als »ersten wichtigen Schritt« und erklärte ihre Unterstützung.

Vertreter der Regierung von Präsident Salva Kiir und der Rebellen von Riek Machar erklärten, ihre Delegierten seien auf dem Weg nach Addis Abeba oder schon dort eingetroffen. Die ursprünglich als Teilnehmerin der Rebellendelegation angekündigte Rebecca Garang, Witwe des ehemaligen Chefs der sudanesischen Volksbefreiungsbewegung (SPLM) John Garang, wurde nach Angaben eines Rebellensprechers durch ihren Sohn, Mabior Garang, ersetzt.

Ein Regierungssprecher in Addis Abeba teilte mit, die Gespräche könnten möglicherweise erst Donnerstag beginnen. Bei den Gesprächen soll es zunächst um Möglichkeiten für einen Waffenstillstand und danach um Wege zur Beilegung der politischen Streitigkeiten gehen, die zur derzeitigen Konfrontation führten. Auch am Mittwoch gab es offenbar Kämpfe im Gebiet um die 200 Kilometer nördlich von Juba gelegene Stadt Bor.

Der Konflikt in Südsudan befindet sich seit gut zwei Wochen in einer kriegerischen Phase. Kiir und Machar gehören zwei verfeindeten Volksgruppen an, den Dinka und den Nuer. Kiir wirft Machar vor, einen Putsch geplant zu haben. Seit der Eskalation der Gewalt am 15. Dezember eroberten die Aufständischen mehrere Städte, tausende Menschen sollen getötet, fast 200 000 in die Flucht getrieben worden sein. *AFP/nd*

KURZ

108 Journalisten getötet

Brüssel. 2013 sind mindestens 108 Journalisten und Mitarbeiter von Medien bei Konflikten getötet worden. Die Zahl veröffentlichte am Dienstag der Internationale Journalistenverband in Brüssel. Die meisten Journalisten kamen in Syrien ums Leben, danach folgen Irak und Pakistan. *AFP/nd*

Explosion in Prag

Prag. Der palästinensische Botschafter in Tschechien, Dschamal al-Dschamal, ist am Mittwoch bei einer Explosion in seiner Wohnung in Prag getötet worden. Bis zum späten Nachmittag waren die Ursachen nach Angaben der Prager Zeitung »Pravo« noch unklar. *dpa/nd* Seite 8

Klage gegen US-Schnüffeldienst

New York. US-Bürgerrechtler wollen vor Gericht einen tieferen Einblick in ein Schlüsselprogramm der amerikanischen Geheimdienstprogramme erstreiten. Die Gruppe ACLU fordert in einer bei einem Bundesgericht eingereichten Klage mehr Auskünfte über eine Anweisung, die internationale Spionageaktivitäten des Dienstes NSA regelt. *dpa/nd*

Bayerische Schleierfahndung

Berlin. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) will 2014 mehr verdachtsunabhängige Personenkontrollen im Grenzgebiet zu Tschechien. Per Schleierfahndung soll die grenzüberschreitende Kriminalität eingedämmt werden, sagte er der »Welt«. *nd*

Syriens Chemiewaffen-Entsorgung stockt

Russische Einheit steckt im Depot, US-Spezialschiff fern vom Mittelmeer, Rebellen lehnen Feuerpause ab

Die vereinbarte Zerstörung syrischer Chemiewaffen verzögert sich. Kämpfe, schlechtes Wetter und logistische Probleme behindern den Abtransport. Damaskus trifft keine Schuld.

Von René Heilig

Man sei einsatzbereit, doch derzeit werde sein Schiff nicht gebraucht, erklärte der Kommandant der norwegischen Fregatte »Helge Ingstad« am Jahresende und setzte sich von der syrischen Küste ab. Gemeinsam mit dem dänischen Mehrzweckschiff »Esbern Snare« und einem noch zu benennenden britischen Kriegsschiff sollte die »Ingstad« die Sicherung der Chemiewaffen auf dem Weg nach Italien übernehmen. Dort will man die Container auf das US-Navy Schiff »Cape Ray« umladen. Es ist ausgerüstet mit Anlagen zur Vernichtung der Massenvernichtungswaffen auf hoher See. Doch es soll nach letzten Erprobungen

erst am 3. Januar von Portsmouth (Virginia) Richtung Mittelmeer auslaufen.

Der von der Organisation zur Vernichtung der Chemiewaffen OPCW veröffentlichte Plan basiert auf einer UN-Resolution. Er sah vor, dass 500 Tonnen der gefährlichsten Munition spätestens am 31. Dezember syrisches Gebiet verlassen haben sollen. Weitere 800 Tonnen müssen bis zum 5. Februar folgen.

Die UNO hatte bereits am Samstag eingeräumt, dass das Datum »wahrscheinlich« nicht einzuhalten sei. Die syrische Regierung schaffe es nicht, die »Ware« rechtzeitig in die Küstenstadt Latakia zu bringen. Als Gründe wurden anhaltende Kämpfe, schlechtes Wetter sowie logistische Probleme angeführt.

Das US-Außenamt räumte ein, dass das Vorhaben kompliziert sei. Doch es liege in der Verantwortung von Machthaber Bashar al-

takia gebracht und auf je ein dänisches und ein norwegisches Ro-Ro-Schiff verladen werden.

Die Sicherung in Territorialgewässern übernehmen eine chinesische und eine russische Fregatte.

»Wir sind bereit, erneut nach Syrien zu fahren. Wir wissen nicht, wann der Befehl kommt.«

Sprecher der norwegischen Marine

Auch der Transport nach Latakia erfolgt mit russischen Fahrzeugen. Moskau stellt 50 Allradfahrzeuge, 15 gepanzerte Lkw und 20 Schützenpanzer bereit.

Nur ein geringer Teil des Transportgutes besteht aus einsatzfähiger Munition. Die meisten Chemikalien sind Ausgangsprodukte

binärer Sprengköpfe, die erst beim Mischen gefährlich werden. Dennoch muss gesichert werden, dass die Komponenten nicht in die Hände von Milizen gelangen.

Bislang war es nicht möglich, zwischen den Bürgerkriegsparteien zeitlich und örtlich begrenzte Feuerpausen zu vereinbaren, damit die Konvois rollen können. Vor allem die radikal-islamischen Milizen lehnen Gespräche ab, und Al Qaida nahestehende Gruppen nutzen jede Chance zur weiteren Destabilisierung der Lage. Erst am 24. Dezember sollen Rebellen nach Angaben aus Damaskus C-Waffenstandorte angegriffen haben.

So seltsam es klingen mag – die Unnachgiebigkeit hat auch mit geplanten Friedenssondierungen zu tun. Jede Seite versucht, vor den schwierigen Gesprächen bessere Ausgangspositionen zu schaffen. Ob die Gespräche überhaupt wie geplant am 22. Januar in Montreux stattfinden können, ist zudem höchst fragwürdig.